

CDU Fraktion
SPD Fraktion
Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen
Fraktion Die Linke
Michael Gugat, LiB
Bernd Schatschneider, BSW
Stefan Schraub, Volt

Drucks.-Nr. 1712/2025-2030

An die
Oberbürgermeisterin
Frau Dr. Christiana Bauer

Per Mail

Bielefeld, 15.07.2026

Resolution: Strukturelle Unterfinanzierung der Kommunen beenden – Konnexität konsequent umsetzen

Sehr geehrte Frau Dr. Bauer

zur Sitzung des Bielefelder Stadtrats am 16.07.2026 stellen wir zu TOP 3 folgenden Antrag:

Der Rat der Stadt Bielefeld stellt fest:

Die kommunalen Haushalte stehen bundesweit unter erheblichem Druck. Auch die Stadt Bielefeld sieht sich einer dauerhaften strukturellen Unterfinanzierung konfrontiert. Diese ist nicht allein konjunkturell bedingt, sondern Ausdruck eines fehlerhaften Systems, in dem den Kommunen zunehmend Aufgaben übertragen werden, ohne dass eine auskömmliche Gegenfinanzierung sichergestellt wird.

Die Folge ist eine wachsende Diskrepanz zwischen den gesetzlich zu erfüllenden Aufgaben und den tatsächlich verfügbaren finanziellen Mitteln. Besonders problematisch sind die kontinuierliche Ausweitung kommunaler Pflichtaufgaben (z. B. im Bereich Soziales, Integration, Bildung, Klimaschutz), die unzureichende Anwendung des Konnexitätsprinzips, die unzureichende Dynamisierung von Zuweisungen durch Bund und Land, steigende Personal- und Sachkosten bei gleichzeitig begrenzten Einnahmemöglichkeiten.

Die Stadt Bielefeld erfüllt in hohem Maße staatliche Aufgaben für Bund und Land. Diese Aufgabenübertragung erfolgt jedoch häufig ohne vollständige und dauerhafte finanzielle Kompensation. Dies widerspricht dem Grundgedanken der kommunalen Selbstverwaltung und gefährdet langfristig die Leistungsfähigkeit der Kommunen. Handlungsspielräume und Investitionsfähigkeit werden massiv eingeschränkt.

Der Rat der Stadt Bielefeld fordert die Bundesregierung und die Landesregierung Nordrhein-Westfalen zu folgenden Maßnahmen auf:

1. Konsequente Anwendung des Konnexitätsprinzips: Bund und Land werden aufgefordert, bei der Übertragung neuer Aufgaben an Kommunen eine vollständige, transparente und dauerhafte Finanzierung sicherzustellen.
2. Auskömmliche Finanzierung bestehender Aufgaben: Bereits übertragene Aufgaben müssen realitätsgerecht nachfinanziert werden. Insbesondere ist eine regelmäßige Anpassung an Kostensteigerungen erforderlich.

3. Dauerhafte Sicherung des Öffentlichen Gesundheitsdienstes: Bund und Land sind aufgefordert, die mit dem Pakt für den ÖGD aufgebauten personellen und strukturellen Kapazitäten dauerhaft zu sichern und die hierfür erforderlichen Finanzmittel über das Jahr 2026 hinaus bereitzustellen.
4. Wir fordern Bund und Länder auf, den Eigenanteil für Kommunen für das Startchancen-Programm zu streichen oder zumindest deutlich zu reduzieren.
5. Strukturelle Reform der Kommunalfinanzen: Es bedarf einer nachhaltigen Neuordnung der kommunalen Finanzbeziehungen, insbesondere bei der Stärkung der kommunalen Steuerbasis, der Verbesserung der Schlüsselzuweisungen sowie dem Abbau struktureller Defizite.
6. Entlastung der Kommunen von übermäßigen Pflichtaufgaben: Die Aufgabenverteilung zwischen Bund, Land und Kommunen ist kritisch zu überprüfen. Kommunen dürfen nicht dauerhaft als „Erfüllungsgehilfen“ ohne ausreichende Finanzierung fungieren.
7. Sicherung kommunaler Investitionsfähigkeit: Nur finanziell handlungsfähige Kommunen können die Infrastruktur erhalten und ausbauen, soziale Stabilität sichern oder Klimaziele umsetzen.
8. Vor Verabschiedung neuer Gesetze mit Pflichten für Kommunen sind durch Bund und Land unabhängig prüfbare Kostenfolgenabschätzungen vorzulegen und regelmäßig nachzujustieren.
9. Bund und Land werden aufgefordert, ihre Anteile an den dynamisch wachsenden Sozialausgaben (insb. Eingliederungshilfe, Kinder- und Jugendhilfe, Hilfe zur Pflege) strukturell und inflationsdynamisch zu verstetigen.
10. Förderprogramme des Bundes und Landes für kommunale Investitionen sind zu entflechten, zu verstetigen und mit längeren, planbaren Laufzeiten zu versehen.

Begründung:

Eine nachhaltige Lösung der kommunalen Finanzprobleme ist eine zentrale Voraussetzung für das Funktionieren des Staates auf allen Ebenen. Die kommunale Ebene ist diejenige staatliche Ebene, die den Bürgerinnen und Bürgern am nächsten steht und maßgeblich für die Umsetzung politischer Entscheidungen verantwortlich ist. Der Rat der Stadt Bielefeld appelliert an die Landes- und Bundesregierung, die strukturellen Defizite der Kommunalfinanzen entschlossen anzugehen und das Konnexitätsprinzip strikt einzuhalten.

Steve Kuhlmann
CDU-Fraktion

Prof. Dr. Riza Öztürk
SPD-Fraktion

Romy Mamerow, Dominic Hallau
Fraktion B90/ Die Grünen

Angelika Beier, Dennis Möhlmeier
Fraktion Die Linke

Michael Gugat
LiB

Bernd Schatschneider
BSW

Stefan Schraub
Volt